

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Oberbaum F 8 7832.

Berlin, Januar 1931.

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Bei Bezug unter Streifenband vierteljährlich 2,50 Mark incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

int. Institut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Das Spiel mit den Bergarbeitern

Warum die Revolution in Deutschland so leicht erdrosselt werden konnte, das zeigt sich immer wieder von neuem daran, wie leicht die Proletarier in Deutschland selbst auf die dümmsten Phrasen ihrer Feinde hereinfallen. Ueber die Empörung der immer mächtiger geschwungenen Hungerpeitsche hinaus, wird immer noch nichts greifbar, was aus einer grundsätzlichen ideologischen Wandlung schließen ließe. Ganz davon abgesehen, daß große Teile des Proletariats noch in der Gefolgschaft der Sozialdemokratie und Gewerkschaften verharren, ist es ein Schauspiel für Götter, was sich diese Gewerkschaftsführer leisten können.

Nach dem Vorstoß in Südwest, die Löhne auch direkt abzubauen, wurde die Metropole der Republik, Berlin, und da in erster Linie die Metallarbeiter ausersehen. Die Gewerkschaften stellten sich diesem direkten Lohnabbau niemals entgegen. Ihre Taktik war lediglich das „Wie“. Sie schoben das „Mißtrauen“ in den Vordergrund, daß sie in den „Preisabbau“ setzten; in Wirklichkeit wußten sie, daß auf die Dauer höchstens von einem Fallen der Preise gesprochen werden könne, dem das deutsche Kapital nur widerwillig folgt. Aber um die „Demokratie“ zu retten, mußten sie den Lohnabbau der Brüning-Regierung schlucken. Sie taten das so, daß sie Einzelner beauftragten, einen „Fehler“ zu machen und dem Lohnabbau zuzustimmen. Der Mann „opfert“ sich auch prompt und lenkte die Empörung auf seine Person. Das hat dem Mann, der da irgendwie lebt wie ein — na wie eben ein demokratischer Oberbonze lebt! — sicherlich nichts von seinem Schlaf und seinem Appetit genommen.

Südwest hat bekanntlich ein „Sonderschlichter“ erledigt. Der Anfang durfte die schmutzigen Finger der Gewerkschaftspaffen noch nicht so deutlich sichtbar werden lassen: Es wurde einer für die „Sache“ geopfert, aber — glatt. Es hat sich gelohnt. Im Ruhrgebiet kann man diesen Trick nicht wiederholen, und ein auch nur scheinbarer Widerstand könnte da verdammt falsch aufgefaßt werden. Deswegen bewilligen die Gewerkschaften von vornherein vier Prozent! Sie erklären aber, daß sie mit sich handeln lassen. Die Kohlenbarone verlangen zwölf Prozent, bleibt noch eine Differenz von acht Prozent, über die zu schachern wäre. Die Gewerkschaften würden noch zwei draufpacken, und zwei könnte man noch draufschlichten! — so mag sich die Geschichte in einem Bonzenhörn ausnehmen. Wegen der letzten zwei Prozent lohnt sich ja dann kein Streik. Vorbei wäre die Aufregung, vorbei die Gefahr für die Kassenschranke.

Verdammte Situation! Die Kohlenbarone kennen ihre Pappenheimer. Sie wissen wie diese an der „Demokratie“, an der Preisabkühlung hängen. Sie wissen, daß sie ihnen alles vertrauen können. Sie wissen, diese satte Bonzokratie haßt nichts fanatischer, als wenn sie in ihrer Ruhe gestört wird. Sie wird, wenn die Bergarbeiter sich aufheben und die „Ruhe“ bedrohen, kein Mittel scheuen, um sie niederzuschlagen.

Einen Vorgeschmack von dieser schönen Absicht bot schon die Rede des „kleinen Metallarbeiters“ im Rundfunk. Da steht ein Mann, dem ein Tausendmarktschein nicht so viel ist, wie dem Kumpel ein Pfennig; und der Mann quatscht sich wirklich ganz rein aus. Sagt das alles so unverfroren und so katzenredrig frech, daß schon daran erkennbar ist, worin sich ein großwahn-sinniger Parvenü von einem urwüchsigen Reaktionsär unterscheidet.

Gewerkschaftskollege Severing brüllte laut und vernünftig, daß es einen Kampf im Ruhrgebiet nicht gibt! Heute, wo schon so alles wackelt, ist das ein Verbrechen! Dann sagt er, — man sieht deutlich wie der kleine Mann nach seiner Pistole greift —, daß „seine“ Polizei absolut gerüstet dasteht! Und dann sagte er, daß von beiden Seiten Opfer gebracht werden müssen! Er kommt wieder mit der „mittleren Linie“ — man weiß nicht, was er damit meint, vielleicht sind das elf Prozent. Denn seine

Aus dem weiteren Inhalt:
Perspektiven der Wirtschaftskrise
Das Werk Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs. (Zum Tage der Ermordung am 15. Januar)
Das Diktum des Imperialismus. (Von Karl Liebknecht)
Die Hungerarmee in der neuen Welt.

Rede war eine einzige dreckige Hetze gegen die bis auf Blut ausgebeuteten Ruhrkumpels. Gegen deren Ausbeuter — von denen er ja bezahlt wird — sagte er selbstverständlich kein Wort.

Man darf dabei nicht vergessen, was in den letzten Tagen so alles an „Kleinigkeiten“ passiert ist. Auch die Kohlenkumpels haben alle schon ihren Kopfsteuersatzel — diese sozialdemokratische Errungenschaft — erhalten. Ihr Lohn hat sich in den letzten Jahren nicht gehoben, sondern fortwährend gesenkt. Die Kohlenförderung ist trotz der Verringerung der Belegschaft um 1/4 gestiegen. Wo sie einen Schnaps trinken, werden sie durch die Getränkesteuer geneppt. Wenn einer zum Arzt will, ist — Krankenschein und Medikamente — eine Mark fällig; der neue Lohnabzug ist geradezu vielsch. Aber das Kapital kennt keine Sentimentalität. Der Lohnabbau wird ja nicht nur in der Form durchgeführt, daß — wie nun im Ruhrgebiet — viel Wesen davon gemacht wird. In allen Industrien wird dieser Lohnabbau mit einer Selbstverständlichkeit und Willkür durchgeführt, als handele es sich um die Verringerung des Quantums einer Lieferung von Insektenpulver. Und die Gewerkschaften registrieren diesen Raubzug, als handele es sich lediglich um eine Vervollkommnung der Statistik. Im Ruhrgebiet, in diesem Massenquartier von Proletariern, stößt diese Willkür nun auf Widerstand. Gewerkschaftskollege Se-vering verspricht am Mikrophon, diesen „unvernünftigen“ Kerls Vernunft beizubringen; daß so etwas möglich ist, daß die Gewerkschaften dem Proletariat eine solche blühige Verhöhung zu bieten wagen, daß ist eine solche schauerhafte Groteske, daß sie schwer in Worten be-greifbar gemacht werden kann.

In diesem Theater darf natürlich die KPD nicht fehlen. Schon heute steht fest, daß die KPD durch ihre blödsinnige Taktik den Ruhrproleten das Blickfeld verdunkelt! Es kommt nämlich verdammt nicht darauf an, ob der Streik einen Tag früher oder später beginnt. Das ist eine Frage des wichtigsten psychologischen Zeitpunktes! Da ein großer Teil der Bergarbeiter noch auf den 15. Januar stirbt, wäre es notwendig gewesen, eine breite ideologische Vorbereitungskampagne zu führen mit dem Ziel, die Bergarbeiter bei dem unvermeidlichen Rückzug der Gewerkschaften zusammenzureißen, und im Zusammenhang mit der Auslösung der Frage des Kampfes von Klasse zu Klasse die revolutionäre Front zum Kampf um die Macht zu formieren.

Aber — die KPD, will das nicht. Sie sagt das deutlich! Die RGO, drängt sich als — alleiniger Tarifkon-tractant! in den Vordergrund. Auf dem Rücken der Berg-arbeiter tobt sich der Kampf zweier Konkurrenzfirmen aus, die beide kein Interesse haben an einer ernsthaften Vorbereitung der revolutionären Front, sondern denen die Arbeiterbewegung nur die melkende Kuh ist für ihren in der Demokratie eingebauten Parteiladen. Beide wer-den über Verrat schreien, wenn die Kumpels erwidert sind, aber beide können sich die Hände reichen.

Ob die Bergarbeiter die Gefahr erkennen, werden die nächsten Tage entscheiden. Läßt das Proletariat die Bergarbeiter im Stich, dann ist der letzte Damm zerris-sen gegen die wildeste Kapitaloffensive. Aber will das Proletariat die Stunde nützen, dann gibt es nur einen Weg:

Den Generalstreik im ganzen Lande zum Zeichen der unverbrüchlichen Solidarität, und gegen die sozial-demokratisch-faschistische Offensive, die Herr Severing ankündigte, den Aufstand, den Kampf um die proletari-sche Diktatur!

Von Noske bis Brüning

„Bürgerliche Revolutionen, wie die des achtzehnten Jahr-hunderts, stürmen rascher von Erfolg zu Erfolg, ihre dramatischen Effekte überbieten sich, Menschen und Dinge scheinen in Feuer-brillanten zerfaßt, die Ekstase ist der Geist des Tages; aber sie sind kurzlebig, bald haben sie ihren Höhepunkt erreicht, und ein langer Katzenstauer erfaßt die Gesellschaft, ehe sie die Resultate ihrer Drang- und Sturmpetode nichtern sich aneignen lernt. Proletarische Revolutionen dagegen, wie die des neunzehnten Jahr-hunderts, kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fort-während in ihrem Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zu-rück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam-gründlich die Habheiten, Schwächen und Erbarmlichkeiten ihrer ersten Versuch, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich rischauerhafter ihnen gegenüber wieder aufrecht, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Unberechenbarkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen: Hic Rhodus, hic salta!“

In diesen Sätzen von Marx aus dem achtzehnten Brumaire ist die Geschichte und die Tragik der November-Revolution bis heute vorzeichnet, aber auch der Weg zum Sieg. Im Januar 1919 wurden grausam-gründlich die Habheiten der Revolution zer-stört. Aber in den Jahren danach immer mehr die Situation ge-schaffen, die jede Umkehr unmöglich macht.

Vor zwölf Jahren tückten in den Straßen von Berlin die Ma-schinengewehre und rollte der Donner der Geschütze. Arbeiter-blut rötete die Erde. Der erste Abschnitt der Revolution ging zu Ende. Diese Revolution als das Produkt des militärischen Zu-sammenbruchs war mit allen Schwächen und Fehlern geboren. Als Tausende drängten sich um ihre Wiege die Kaisersozialisten. Am eifrigsten Fritz Ebert, nachmaliger Präsident, der kurz zuvor noch der wilhelminischen Generalität versichert hatte, er lasse die Re-volution wie die Pest. Trotzdem war der erste Lebensschrei der Revolution: „Alle Macht den Räten!“ Hier zeigte sich die Tatze des proletarischen Löwen. Alle Macht den Räten, das bedeutet die Herrschaft des Proletariats. Das war der Anfang von Ende des Privatigentums. Das bedeutete die Beiseitigung des bürgerlichen Staates und Machtapparates, und in konsequenter Weiterführung deren Zertrümmerung. Alle Macht den Räten war der Anfang der wirklichen Revolution.

Das Bürgerium und die sozialdemokratischen Vermittlungsre-publkaner, die kurz vorher noch die Monarchie retten wollten, schrien nach der bürgerlichen Republik. Sie offenbarten damit das Ge-heimnis der Bourgeoisie. Sie wollten durch die Demokratie über das Proletariat herrschen und die Autorität des Privatigentums sichern. Aber wenn der Purpurmantel auf die Schultern des Kapitals fällt, wird das goldene Kalb von seinem Thron gestürzt werden.

Nachdem die alten herrschenden Klassen sich von dem ersten Schrecken erholt hatten, krochen sie aus ihrem Schützengraben heraus und forderten als brave Biidenämner die Entlassung der Arbeiter. Das Proletariat entwarf, das hieß die Revolution ent-walfnet. Hinter dem Geschrei nach Entlassung der Arbeiter-klassen vollzog sich die stille Bewaffnung der weißen Garden. Im Dezember 1918 erfolgte der erste militärische Vorstoß der Konter-revolution. Der Vollzugsrat der Arbeiterräte wurde verhaftet, auf demonstrierende Arbeitslose geschossen und Ebert von den Suppe-Garden als Präsident ausgerufen. Aber noch reichten die Kräfte der Revolution, um den Angriff zurückzuweisen.

Im Januar 1919 erfolgte ein neuer Vorstoß, er richtete sich gegen die Besetzung des Polizeipräsidiums durch Ekkhörn. Die Revolution nahm den hingeworfenen Polizeibeschuß auf. Die Arbeiter besetzten eine Reihe bürgerlicher Zeitungen und den „Vorwärts“, in berechtigter Empörung über deren wilde Hetze. Eine Besetzung der Banken und der finanziellen Ausstattung zur Organisation einer Revolutionsarmee wäre taktisch klüger ge-wesen. Auch mangelte der Initiative der Insurgenten ein einheit-licher Plan. Die damalige USPD, die Einfluß auf die Bewegung hatte, schielte mit einem Auge nach dem Staatssturz und war in allen Maßnahmen die verküppelte Habheit und Unentschlossenheit.

Aus der Wirtschaft

Perspektiven der Wirtschaftskrise

Die Wirtschaftskrise, entstanden auf dem Boden der allgemeinen Krise des Kapitalismus, rast durch die ganze Welt. Sie verschont kein Land, keinen Produktionszweig. Sie peitscht die Länder des höchstentwickelten Kapitalismus ebenso wie die rückständigen Kolonialländer. Machtlos sieht die Bourgeoisie, der 'organisierte Kapitalismus' dem Willen der Krise gegenüber. Nirgends gibt es noch konkrete Zeichen eines Beginns der Überwindung der Krise. Die materielle Basis der Krise, die überproduzierten Warenvorräte, sind absolut nicht aufgezehrt; sie sind eher größer, als bei Ausbruch der Krise. Die Produktion geht weiter zurück. Die Großhandelspreise fallen weiter, die Aktienkurse sinken. Die Arbeitslosigkeit steigt immer noch weiter. Nichts zeigt, daß die Krise ihren Tiefpunkt bereits überschritten hätte. In den großen Industrieländern Europas: England, Deutschland, Italien, ist dies sicher noch nicht der Fall. Irgendwie sichtbare Besserung der Wirtschaftslage ist vor Mitte 1931 unmöglich; selbst für die zweite Hälfte 1931 — vielleicht mit Ausnahme der Vereinigten Staaten — unwahrscheinlich.

Diese Perspektive ist politisch deshalb von höchster politischer Bedeutung, weil sie die Gewähr dafür bietet, daß der gegenwärtig vor sich gehende Prozeß des Umschlages der Wirtschaftskrise in eine politische Krise durch einen neuen wirtschaftlichen Aufstieg innerhalb der nächsten 8 bis 12 Monate nicht durchkreuzt werden wird. Dies bedeutet zugleich weitere Verschärfung der politischen Gegensätze, die zurückschlagend die Wirtschaftskrise weiter verlängern und vertiefen (wir sehen dies am Beispiel Deutschlands, Polens, an den südamerikanischen Umstürzen). Dies bedeutet, daß eine gesamtplanetarische Krise, die man als Vorbedingung der Revolution bezeichnet, in manchen Ländern unumvermeidlich eintreten wird.

Die Krise bedeutet eine Verminderung des gesamten von der Bourgeoisie angelegten Mehrwerts, da viel weniger Arbeiter ausgebeutet werden (wenn auch bei erhöhter Ausbeutungsrate). Dies ist gleichbedeutend mit der Verminderung der Profitemasse, die geringe Ausnutzung des Produktionsapparates erhöht die Produktionskosten, während die Preise im Verlauf jedes Umschlages des Kapitals von neuem fallen, wodurch die Realisierung des gesamten im Produktionsprozeß angelegten Mehrwerts durch Verkauf der Waren unmöglich wird. Der Umschlag selbst wird durch die lange Dauer der Zirkulation verlängert, was eine Verminderung der für den Kapitalisten entscheidenden Jahresprofite bedeutet. Daher beginnt ein Kampf zwischen den einzelnen Schichten der herrschenden Klasse um ihren Anteil an dem verminderten Gesamtprofit.

Das Spiel sich vor allem ab in der Form des Kampfes um die Preisgestaltung der einzelnen Waren. Die Industriearbeiter fordern billigere Lebensmittelpreise, damit sie die Löhne der Arbeiter noch leichter weiter herabsenken können. Die Agrarier sind für hohe Lebensmittelpreise und fordern für sich billige Produktionsmittel. Die Bourgeoisie der Fertigwarenindustrie klagt die Kartelle der Schwerindustrie an, daß sie im Inland zu hohe Preise nimmt und die ausländische Konkurrenz durch Dumping unterdrückt. Die Industriellen beschuldigen die Händler, insbesondere die Kleinhändler, daß sie die Preise künstlich hochhalten usw. Die Interessengensätze der einzelnen Schichten stoßen in der Frage der Preise, d. h. um den Anteil am Profit, scharf zusammen.

Nur eine Schicht der Bourgeoisie gewinnt am Preisfall: es ist die, den parasitären Charakter des heutigen Kapitalismus am schärfsten repräsentierende Rentierschicht; die Eigentümer der fixverzinslichen Wertpapiere: Staatsanleihen, Hypotheken auf Grundbesitz, Obligationen der Industrieunternehmen. Mag der Gesamtprofit noch so stark fallen, ihr Einkommen bleibt unvermindert; d. h. ihr Anteil am Profit wird relativ immer größer. Die Last der Rente wird für das industrielle Kapital mit der Verminderung des Gesamtprofits immer schwerer. In vielen Fällen (z. B. englische Textilindustrie) nimmt das Leihkapital den ganzen Profit weg! Dabei wächst das Realinkommen der Rentierschicht außerdem noch parallel mit dem Preisfall der Konsumtionsmittel. Daher scharfer Gegensatz zwischen industriellem Kapital und Rentekapital. Der Profitanteil der einzelnen Schichten der Bourgeoisie hängt in starkem Maße von der Wirtschaftspolitik des Staates ab (Zollpolitik, Steuerpolitik, Kartellpolitik). Daher unterbrochene Reibungen um die Gestaltung der Wirtschaftspolitik unter den einzelnen Schichten der herrschenden Klasse, als Ergebnis: Krise der Wirtschaftspolitik. Sie macht sich geltend in einem konstanten Wechsel der wirtschaftspolitischen Maßnahmen: Abschluß von Handelsverträgen, die sofort wieder gekündigt werden, Änderung (meistens Erhöhung) der Zölle, mehrmals im Jahre erfolgende Maßnahmen zur Stützung der Getreidepreise, Aufsprühen, Magazinierung von Getreide, die wieder wegen Mangel an Geld aufgebehen werden müssen usw.

Die Krise führt zu einem Defizit des Staatshaushalts in den meisten Ländern. Neue Steuern müssen eingeführt, alte erhöht, Beamte entlassen, Gehälter abgebaut, Subventionen entzogen werden. Welche Schicht soll 'Opfer' bringen? Niemand ist bereit, aus seinem verringerten Profit höhere Steuern zu zahlen. Jeder will es auf den anderen schieben. Allgemeine Unzufriedenheit, außerordentliche Reibungen sind die Folge.

Die Agrarkrise, seit Kriegsende als Teil der allgemeinen Krise des Kapitalismus vorhanden, hat im letzten Jahre, zum Teil im Zusammenhang mit der industriellen Krise, eine unerhörte Verschärfung erfahren. Die Preise für Getreide, für Textilien, für fast alle Waren der Landwirtschaft sind im Verlauf eines Jahres um 25-30 Prozent gefallen. Millionen von Bauern, belastet mit hohen Pachten, mit unerschwinglichen Steuern, mit wucherischen Zinsen, schlecht ausgerüstet mit Produktionsmitteln, stehen vor dem Ruin: Massenhaft verliert der bauerliche Besitz der gesellschaftlichen Versteigerung, oder in Amerika die Farmer verlassen 'freiwillig' die Farmen, nur Schulden hinterlassend. Rückweise geht die Hinabschiebung des Bauerntums in das Proletariat oder in Schuldnerechtschaft

bei formellem Weiterbestehen ihrer Selbständigkeit vor sich. Die Krise hat eine starke Verschärfung der Lage der Arbeiterklasse verursacht. Fast der vierte Teil der Arbeiter ist in den Industrieländern ganz arbeitslos; ein zweites Viertel sieht in Kurzarbeit. Die Bourgeoisie ist, wie Marx sagt, unfähig geworden, die Existenz ihrer Sklaven selbst innerhalb der Grenzen ihrer Sklaverei zu sichern. Nicht genug damit: die Bourgeoisie führt, um ihren zusammengeschrunkenen Profit zu erhöhen, einen fortgesetzten Angriff auf den Reallohn des noch in Arbeit stehenden Proletariats — Gehälter und Löhne werden herabgesetzt, und zwar stärker, als die Lebenshaltungskosten gefallen sind. Auf diese Weise verdrängt die Bourgeoisie ihren Profit zu erhöhen, die Last der Krise auf das Proletariat abzuwälzen.

Zusammenfassend: der Kampf um den Anteil in dem in der Krise stark verminderten Profit hat nicht nur eine Krise der Wirtschaftspolitik, sondern auch eine Krise des gesamten politisch-organisatorischen Aufbaus der Bourgeoisie zur Folge. Die rasch aufeinanderfolgenden Regierungskrisen, Parlamentsauflösungen und Neuwahlen zeigen dies ebenfalls. Parallel hiermit geht eine starke Steigerung der politischen Aktivität der breiten Masse. Die Beteiligung an verschiedenen Wahlen war niemals so hoch, wie jetzt während der Krise. Das bürgerliche Regime kann aber eine solche 'unklare' Situation nicht lange übertragen, da sie rückwirkend durch die Erschütterung des Kreditwesens, durch die Kündigung der ausländischen Kredite, durch die Kapitalflucht die Wirtschaftskrise noch weiter verschärft, wie wir dies besonders nach dem Septemberwahlen in Deutschland beobachten konnten. Auf der Basis der allgemeinen Krise des Kapitalismus, verschärft durch die akute Krisenphase, erhöht sich die faschistische Gefahr. Da die Bourgeoisie nicht mehr imstande ist, die breiten Massen mit der alten Ideologie unter dem Einfluß der traditionellen bürgerlichen Parteien (Kleinbürger, Angestellte, Beamte) zu halten, ist sie gezwungen, an Stelle der parlamentarischen Demokratie, an Stelle der 'demokratischen' Republik, die denkbar beste politische Hilfe des Kapitalismus, den offenen bürgerlichen Terror zu setzen, in vielen Fällen bereitet sie dies vor und führt dies durch die Hilfe faschistischer Parteien, die mit einer sozialen, nationalen, chauvinistischen, antisemitischen, schierevolutionären Demagogie, die sich von den bürgerlichen Parteien lösenden unzufriedenen Massen teilweise aufsaugen und sie wieder unter einer schierevolutionären Ideologie unter dem Einfluß der Bourgeoisie bringen, um den Übergang zu bürgerlichem Terror, zur Unterdrückung jeder Volkstfreiheit zu erleichtern.

Das Umschlagen der Wirtschaftskrise in eine allgemeine nationale Krise vollzieht sich höchst ungleichmäßig. In den Vereinigten Staaten von Amerika, wo die ökonomische Basis durch die allgemeine Krise des Kapitalismus noch kaum angegriffen ist, wo die Wirtschaftskrise überwiegend den Charakter einer 'normalen' zyklischen Krise trägt, sind Elemente der allgemeinen nationalen Krise nur in den ersten Anzeichen vorhanden. In England, das zwar ökonomisch sehr schwer gelitten hat, kommt die politische Krise schon stärker zum Ausdruck. Aber der gewaltige Reichtum der Bourgeoisie, die Ausplünderung ganzer kolonialer Weltteile, die sehr festverzögerte 'bürgerliche Arbeiterpartei' und das Vorhandensein einer korruptierten Arbeiteraristokratie wirken hemmend auf die Entwicklung der politischen Krise. Viel klarer ist das Umschlagen der Wirtschaftskrise in eine politische Krise in Deutschland, Oesterreich, während in Polen die 'demokratische Republik' bereits zu einer Farce geworden ist und Pilsudski genötigt ist, mit offener Gewalt die Politik des Finanzkapitals durchzuführen.

Unsere Analyse ergibt, daß Elemente einer allgemeinen nationalen Krise in vielen Ländern vorhanden sind; daß das Umschlagen der Wirtschaftskrise in eine politische Krise in vielen Ländern im Gange ist. Die Interessengensätze innerhalb der herrschenden Klasse verschärfen sich. Die Krise fordert zahlreiche Opfer im Kleinbürgertum, Unzufriedenheit breitet sich bei ihnen aus. Massenarbeitslosigkeit und Lohnherabsetzung verschlechtern immer mehr die Lage der Arbeiter. Die Erbitterung wächst. Die objektiven Bedingungen für revolutionäre Massenaktionen werden im Jahre 1931 günstiger sein, als jemals seit den ersten Kriegsjahren. Unsere Aufgabe muß sein, den Massen Klarheit zu geben über den kommenden Kampf. Es muß ihnen klar gemacht werden, daß innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung mit Hilfe friedlicher Reformen, auf gesetzlichem Wege keine Hilfe kriemlich, es gilt, die Massen der Ausbeuteten zu aktivieren, sie von der Notwendigkeit einer Umwälzung zu überzeugen, sie zum Kampf gegen die Herrschaft der Ausbeuter bereit zu machen, für die proletarische Revolution, für den Sturz des kapitalistischen Systems.

Die Hungersnot in der ganzen Welt Die gesamte kapitalistische Welt stößt unter der schärfsten Ausnutzung der internationalen Krise, der Arbeitslosigkeit, in allen Ländern neuen Massen von Proletariaten fern. Es verlohnt sich, die Stärke der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Ländern nach vorliegenden Berichten anzuführen.

In Deutschland beträgt die Zahl der Arbeitslosen am 15. Dezember 1930 3.977.000. Von diesen nahezu 4 Millionen bekommen 1 Million keine Unterstützung.

Im Lande des 'ewigen Fortschritts' Amerika, zeigt die offizielle Statistik 2.000.000 Arbeitslose an. Zuvorlängere statistische Erhebungen zählen 9 bis 10 Millionen.

Englands Arbeitslosenziffer ist in der letzten Woche um 237.726 weiter gestiegen. Die Gesamtzahl beträgt jetzt etwa 2.643.000 (in der gleichen Zeit des Vorjahres 1.152.000). In Frankreich bricht jetzt ebenfalls die Krise herein. Die Zahl der Arbeitslosen in Frankreich ist nach der offiziellen Statistik in den letzten Wochen von 500 auf 1.000 gestiegen. — ein katastrophales Ergebnis in einem Lande, das bisher immerhin von der Arbeitslosigkeit verschont geblieben war.

Eingänge für den Brieffonds

Table with 3 columns: Location, Amount, and Date. Lists contributions from various regions like Berlin, Hamburg, etc.

Sollt Du auch schon etwas für den Brieffonds gesendet?

beträgt 447.000. Da aber in Italien nur ein Drittel der Arbeitslosen Unterstützung erhält, und damit auch nur statistisch erhöht wird, bezieht sich die wirkliche Arbeitslosigkeit in Italien auf netto 1 1/2 Millionen.

Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache. Fassen wir diese Zahlen zusammen, ergibt sich ein Massenverderben von 17 Millionen leidenden Menschen in der kapitalistischen Welt. Dabei sind noch nicht einmal alle Staaten aufgezählt. So legt die Anarchie, d. h. die Regellosigkeit der kapitalistischen Produktion im Weltmaßstab Millionen von Arbeitslose frei. Sie müssen ein Hungerdasein fristen, weil es diese 'gottgewollte Ordnung' so will.

Die Verdummungsindustrie

Die Phase des Monopolkapitalismus mit ihrem ungeheuren Massenende auf der einen und ihrem Prasserleben, ihrer Korruption und Prätendenzwirtschaft auf der anderen Seite hat es nötiger denn je, andere Wirtschaftszweige zu verknüpfen, die hungernden Massen abzulenken von ihrem Elendsdasein und sie vor Begehrlichkeit zu bewahren. Diese Aufgabe hat zu einem gewaltigen Produktionsanstieg — auf 66 zurückgegangen, das Aktienkapital aber auf 84 Millionen Mark gestiegen. Die Aktiengesellschaften werden indes den Löwenanteil der Produktion bestreiten.

Im Verhältnis zu ihrer gewaltigen demokratisierenden Macht und ihrer ungeheuren Bedeutung als Beschleunigungsmittel der breiten Massen und der großen investierten Kapitalien ist die Zahl der Beschäftigten mit 47.000 eine geringfügige. Die Zahl verteilt sich mit 22.100 auf die Produktionsunternehmen, 3.000 auf Vertrieb und Verkauf und 22.900 auf das Kinogeschäft.

Die Zahl der Kinos ist von 1918 von 2300 mit 803.500 Plätzen auf 5078 mit 1.940.000 Plätzen Ende 1929 gestiegen. Ende Dezember 1929 waren davon 205 Kinos mit 193.000 Plätzen auf dem Tonfilm umgestellt. Ende Juni 1930 waren es schon 572 mit 440.000 Plätzen und am 1. Oktober 880 mit 600.000 Plätzen. Es sind also erst 25 Prozent der Kinos mit 2 Plätzen der Plätze vollständig mechanisiert. Die glänzenden Zeiten für Musiker, Artisten usw. kommen also erst.

Der Umsatz der Kinos wird auf 240 Millionen Mark jährlich geschätzt, also auf den Kopf der Bevölkerung etwa 4 Mk. Die Besucherzahl reicht indes in den meisten Städten stark zurück. Das ist indes nicht auf die zunehmende Erkenntnis, sondern auf den zunehmenden Ueberfluß an Geldmangel zurückzuführen.

Für die sich stark bemerkbar machende Konzentration der Produktion und für die Richtung, die der Film nimmt, spricht wohl die Tatsache, daß die Hungerberische Ufa 50 Prozent des Gesamtumsatzes repräsentiert, der gelisterte Wladimir Tobis zusammen sogar 70 Prozent. Hierin liegt die ungeheure Stöckkraft des Nationalismus, nicht in den paar Leuten, die dann angestellt sind, den Juden die Schaufenster einzuräumen und die Wandbettel resp. die Wandsticker der anderen Richtung zu verprügeln.

Dafür gibt es schon greifbare Beweise. Im Berliner Kleinhandel herrscht Hosen- und Zahnschuppen über die schlechte Konjunktur. Das Weihnachtsgeschäft war unter allen Kanonen. Aber es gab auch Konjunkturartikel. Neben dem steigenden Umsätzen in Radiogeräten fanden im Ganzen starken Absatz — 501.241 Stück. Für die Militarisierung der Gebiete schenkt die Industrie arbeitet indes nicht nur die Ufa der Schwerindustrie, Hilfrich zur Seite stehen ihr alle freien Organisationen, die ihren Nachschub sehr viel in verheimlichten Massen und sich dem drillen auf Soldatenspiel und Krawall.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Thiel. Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Isidorow, Berlin O 17.

12. Jahrg. Nr. 3

Kommunistische Arbeiterzeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Berlin, 17. Januar 1931

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Oberbaum P 8 7832.

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, N. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Inserate werden nicht angenommen.

Das Spiel mit den Bergarbeitern — ein Menetekel für die Arbeiterklasse Die Krise marschiert!

In den Balkenüberschriften der 'Roten Fahne' noch vor einigen Tagen und den diesen Überschriften folgenden fetten Artikeln und Berichten war angekündigt, daß wir nun etwas ganz gewaltiges erleben werden. 'Die Bourgeoisie herrscht ertritten!' 'Brennende Ruhr!' 'Streiksturm über Oberschlesien.' 'Die Front verbreitert sich' usw. Man wartete darauf, wie die 'Rote Fahne' auf andere Nachrichten reagieren würde; daß nur ca. zehn Prozent der Bergarbeiter dem Streikaufruf gefolgt seien, was immerhin im seltsamen Verhältnis zu dem hysterischen und lügenhaften Geschrei der 'Roten Fahne' stand. Da kamst du lange wartend!

Die welterschütternde Aktion verschwand spurlos aus dem Blatt, als wäre sie nie gewesen. Da die KPD, wieder einmal durch ihr verlogenes Ueberfluß einen Teil — den besten Teil — der Bergarbeiter unter Vorspiegelung falscher Tatsachen und den Betrieben gelockt, und so den Bergwerksgewaltigen hilft, die 'Böcke' von den Schafen zu sondern, ist wohl nichts Neues, aber in dieser skrupellosen Art immerhin eine Gipfelleistung. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß den 'Führern des deutschen Proletariats' jedes Gefühl für Verantwortung dem Proletariat gegenüber ein Buch mit sieben Siegeln ist. Hier noch die Frage stellen, welches Bild der KPD, wohl über die realen Kräfteverhältnisse verschweht, hieß in der Tat von einem Ochsen mehr verlangen als ein Stück Rindfleisch.

Wir schrieben der vorigen Nummer der 'KAZ': 'Über die Empörung der immer mächtiger geschwungenen Hungerpeitsche hinaus wird immer noch nichts greifbares, was auf eine grundsätzliche ideologische Wandlung schließen ließe. Ganz abgesehen davon, daß große Teile des Proletariats noch in der Gefolgschaft der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie verharren, ist es ein Schauspiel für Götter, was sich diese Gewerkschaften leisten können.' Der nun vorliegende Abschluß der Rebellion an der Ruhr zeigt, wie berechtigt diese Fragestellung ist.

Die Gewerkschaften versuchten bis dahin immer noch krampfhaft zu verschleiern, daß sie als Organisation Schrittmacher der Lohnabbauoffensive sind. Was sie nun an der Ruhr offen zum Prinzip erhoben, und selbst einen Abzug von 4 Prozent vorgeschlagen, hat man — verlogenerweise natürlich — dem Sinzheimer noch recht krumm genommen. Aber darüber hinaus erlaubte die famose Schlichtungsordnung bis heute immer noch das Versteckspiel von Annahme und Ablehnung des Schiedspruches, erlaube einen zahnem Streik, erneute Abstimmung, Rätselfragen über Zweidrittel-, Dreiviertel-, Fünftelstimm-Mehrheit usw., um die Proleten auszuhungern und müde zu machen. Die Verbindlichkeitserklärung erfolgte gewöhnlich erst, nachdem man die Proleten einige Zeit an der Nase herumgeführt, 'im Rahmen' der Schlichtungsordnung. Diesen demokratischen Tanz beendet die dann der Schiedspruch des Reichsarbeitsministers. Dieses ganze Alteschreiber wirt Brünning nun mit einer verächtlichen Geste auf den demokratischen Klammernhaufen, setzt drei 'Unparteiliche' als 'Sachverständige' ein, die genau das diktiert, was Sklavenvorstellung verlangt, und 'verleitet' dem Diktat durch eine 'Notverordnung' Gesetzeskraft. Aus!

Diese aufreizende Provokation, daß die Bergarbeiter nicht nur die 6 Prozent zu schlucken haben, sondern daß sie abgefertigt werden wie an Fußtritte gewöhnte Kulis, daß sie diese zynische, offene Verachtung noch zu schlucken haben, und schlucken, — das gibt zu denken! Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie decken diese verächtlichen Fußtritte offen. Brünning wirft die letzten Fetzen der 'Wirtschaftsdemokratie' auf den Mist-

haufen wie ein stinkendes Hammelgeschlinge, und die Gewerkschaften und die SPD, verteidigen die Brünning-Regierung mit dem Argument, daß das ja noch gar nicht schlimm sei. Schlimm sei, wenn die faschistischen Wölfe in die demokratische Banneille einbrechen und das stinkende Hammelgeschlinge aufressen würden. Man muß die Wölfe fernhalten, um in 'besseren Zeiten' das Hammelgeschlinge wieder angeln zu können. Für die Proleten ist das immer noch gut. Bis dahin assistieren die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten offen die nun 'vereinfachte' Lohnabbauoffensive, die nun gegen die Arbeiterklasse hemmungslos eröffnet ist, indem sie jeden Schlag gegen das Proletariat mit einem Vertrauensvotum gegen die Henker des Proletariats quittieren.

Und doch wäre es verfehlt, darüber zu imauern. Die Geschichte der deutschen Revolution bestätigt jeden Tag aufs neue, daß das Proletariat nur auf spürbar deutliche Erfahrungen reagiert. Der Kampf der Bourgeoisie gegen das Proletariat um die Rettung ihrer bankrotten Ordnung gestaltet keine Umwege mehr. Die demokratische Kulisse fliegt wie eine wackelige Atrappe beiseite. Die Zuhälter des Kapitalismus werden von der Geschichte entlarvt. Die Massen sehen, wie sie vor sich haben. Auf die Dauer wird auch den verblödeten Proleten ein 'Sozialismus' auf die Nerven fallen, der nichts für das Proletariat übrig läßt als Hunger, Hohn, Gummkünpel und Kugeln.

Für das revolutionäre Proletariat jedoch bestätigt diese 'letzte Etappe' der 'Demokratie' nur eine längst erkannte Wahrheit. Selbst der Widerstand des Proletariats gegen ein unerträglich gewordenen Hungererbiten — unerträglich im letzten Sinn des Wortes — wird zum demokratischen Gesetzlichkeit. Die Phrase von dem demokratischen Kampfmoden' der zu verteidigen ist, wird als lächerliche, wirklichkeitsfremde Illusion entlarvt. Selbst der zahnem Streik ist — 'verboten'. Der Faschismus in der 'deutschen' Form steht nackt und bloß vor der Arbeiterklasse.

Der proletarische Widerstand, den der Bankrott des Kapitalismus erzwingt, kann sich auf keine 'legalen' Formen mehr stützen, sondern wird sofort zum Ausgangspunkt der Klassenauseinandersetzung von Proletariat und Kapital. Der proletarische Widerstand kann nur auf die proletarische Klassen-solidarität bauen, auf die proletarische 'Gesetzlichkeit', auf die revolutionäre Aktionsbereitschaft des gesamten Proletariats. Von diesem Gesichtspunkt aus wird auch die lächerliche und alberne Aktion der KPD, in ihrer ganzen Konfusion deutlich, 's'kründel' überall 'revolutionäre' Berufs-gewerkschaften, denen sie die Aufgabe stellt, für einzelne Belegschaften 'revolutionäre' Tarife abzuschließen. Die letzte Nacht der parlamentarisch-gewerkschaftlichen 'Bewegung' versucht auf einem historisch unmöglichen Boden von neuem zu flicken, was die Geschichte in Fetzen reißt.

Die Frage der Klassenorganisation ohne Trennung von Beruf und Geschlecht, drängt sich von neuem auf die Tagesordnung. Die Taktik der Massenaktion, die ihre Kraft aus der Erkenntnis schöpft, daß es ums Ganze geht, wird zur zwingenden Notwendigkeit. Die Frage der revolutionären Räte, als die Form proletarischer Mächtigentafelung steht vor dem Proletariat. Was die Töten der Revolution mit ihrem Blute nicht deutlich genug demonstrieren konnten, holen jetzt ihre Mörder nach. Sie zerreißt selbst die Lügen, mit denen das Proletariat niedergebunden und abgehalten wurde, vor zwölf Jahren ganze Arbeit zu machen.

Die letzten Monate haben eine weitere ungeheure Steigerung der deutschen, ökonomischen und politischen Krise gebracht. Dies ist das Ergebnis des Sanierungsprogramms des deutschen Kapitals. In der ersten Dezemberhälfte gab es nach der offiziellen Statistik 3.977.000 Arbeitslose. Innerhalb von 2 Wochen war die Zahl der Arbeitslosen um 215.000 gestiegen. Wie stark die Kurzarbeit zugenommen hat, ist nicht festzustellen. Wenn die Arbeitslosigkeit im Monat Januar auf 5 Millionen geschätzt wird, so dürfte dies die untere Grenze darstellen. Wie stark die Steigerung in den letzten zwei Jahren ist, ergibt sich daraus, daß im Dezember 1928 2,5 Millionen und im Dezember 1929 3 Millionen Arbeitslose gezählt wurden. Es hat sich also herausgestellt, daß die offizielle Ziffer in den letzten 2 Jahren um 1 1/2 Millionen Arbeitslose gestiegen ist. Wenn man den normalen Stand der Arbeitslosigkeit annimmt so dürfte die Mehrbelastung des Arbeitsmarktes rund 2 Millionen betragen. Gleichzeitig ist der Reallohn ungeheuer gefallen. Nach den Berechnungen, welche Kuczynski angestellt hat, hat der Arbeiter im November 1930 gegenüber dem Vorjahre auf die Gesamtarbeiterschaft bezogen, durch Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit 30 Prozent seines Lohninkommens verloren. Offiziell ist in dieser Zeit ein Sinken des Gesamtindex der Lebenshaltungskosten von 152,6 unter Zugrundelegung der Lebenshaltungskosten für 1913/14 = 100 auf 141,6 gesunken. Da diese Statistik den Tatsachen widerspricht, braucht nicht betont zu werden, weil die Statistik beruht auf den Lebenshaltungskosten einer Familie mit drei Kindern nach dem Stand von 1913, ohne die Änderung der Lebensverhältnisse in dieser Zeit zu berücksichtigen. Selbst wenn man also sich dieser Statistik anschließt, so waren die Kosten der Lebenshaltung trotz des Preisabbaues im November 1930 etwa 22 Prozent höher als das Durchschnittseinkommen des Industriearbeiters einschließlich seiner Arbeitslosenunterstützung. Seit November ist durch systematischen Lohnabbau noch eine weitere Senkung des Reallohnes eingetreten. Dabei ist der Lohn der deutschen Arbeiter weit niedriger als der Lohn der Industriearbeiter in den hauptsächlichsten Industrieländern der Welt. Das internationale Arbeitsamt hat nach dem Lohn- und Preisstand vom 1. Juli 1930 unter Zugrundelegung des englischen Standards folgende Statistik aufgemacht:

Table with 3 columns: Länder, Meßfaktoren für Nahrungsmittel, Meßfaktoren für Rummittel, Feuerung, Licht und Seife. Lists data for various countries like Großbritannien, Deutschland, Oesterreich, etc.

Damach beträgt der Reallohn des deutschen Arbeiters nur dreiviertel des englischen (74 zu 100), während der amerikanische Arbeiter 2 1/2 mal soviel verdient. Die Statistik ergibt auch weiter, daß die Lebensmittelpreise für die wichtigsten Lebensmittel in Deutschland fast ebenso hoch sind wie in den Vereinigten Staaten, dagegen bedeutend höher als in England.

Dieses Verhältnis war im Juli 1930. Inzwischen geht der Lohnabbau munter fort. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht ein Ausspruch gefällt wird, der eine Lohnkürzung von 5, 6, 7, 8 und mehr Prozent enthält. Diese Arbeitslosigkeit ist nicht nur in Deutschland vorhanden, sondern erstreckt sich auf die ganze Welt. Die Zahl der nachweisbar Arbeitslosen in Europa, Nordamerika und in den Britischen Dominien beträgt zurzeit rund 15 Millionen Menschen. Die Ar-